

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Sachverständigenrat - Erdgas-Röhren-Geschäft - EWS - Frankreich - USA-UdSSR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Sachverständigenrat - Erdgas-Röhren-Geschäft - EWS - Frankreich - USA-UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 8, pp. 365-366

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135585>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sachverständigenrat

Stop-and-Go-Politik

In den wachsenden Kreis der Kritiker der derzeitigen Bundesbankpolitik hat sich jetzt auch der Sachverständigenrat eingereiht. Doch im Gegensatz zu den anderen und zum Erstaunen vieler kritisierte er die Bundesbank im Rahmen eines Sondergutachtens nicht, weil sie zu restriktiv sei. Ganz im Gegenteil: Das Versäumnis der Bundesbank liegt nach Auffassung des Sachverständigenrates nicht zuletzt darin, daß sie die D-Mark-Abwertung gegenüber dem Dollar zuläßt, anstatt die D-Mark-Schwäche durch eine weitere Verschärfung der Restriktionspolitik zu bekämpfen.

Abgesehen von den damit unmittelbar verbundenen Risiken für Wachstum und Beschäftigung ist die Empfehlung auch insofern bedenklich, als sich der Sachverständigenrat damit von dem bislang auch von ihm propagierten Konzept einer stetigen, potentialorientierten Geldmengenpolitik entfernt. An die Stelle einer regelgebundenen Wachstumsrate der Geldmenge, die angekündigt wird und damit vorhersehbar ist, solle nun eine Ad-hoc-Politik treten, die sich an der laufenden Preissteigerungsrate und an den Schwankungen des Dollarkurses orientiert. Doch gerade das offensichtliche Versagen einer Politik, die sich an den Tagesaktualitäten ausrichtet, hatte dazu bewogen, eine Geldmengenregel einzuführen. Dadurch verringert sich die Gefahr von Fehlern, die bei Fall-zu-Fall-Entscheidungen in einer Welt unvollkommener Informationen und mangelnder Voraussicht unvermeidlich sind. Ein Aussetzen der Geldmengenregel würde einen Rückfall in die Stop-and-Go-Politik der keynesianischen Ära bedeuten. Die Probleme, die der Sachverständigenrat bewältigen will, würden in diesem Fall nicht ab-, sondern eher zunehmen. gm

Erdgas-Röhren-Geschäft

Keine realistische Alternative

Eine der letzten Hürden für das Erdgas-Röhren-Geschäft westeuropäischer Länder mit der Sowjetunion scheint genommen zu sein, seit sich in der Finanzierungsfrage eine Einigung abzeichnet. Nach dem Präsidentenwechsel in den USA wurde allerdings deutlich, daß das Interesse aller Beteiligten an diesem Projekt von dem wichtigsten Verbündeten der westlichen Vertragspartner nicht geteilt wird. Galt bisher, daß Handel zum beiderseitigen Nutzen erfolgt und die sich erge-

bende wechselseitige Abhängigkeit konfliktmindernd wirkt, so fördert nach der neuen amerikanischen Philosophie mehr Handel mit der anderen Supermacht eher deren expansionistische Ziele.

Die entsprechende Aufforderung an die Europäer, von dem Projekt zurückzutreten, um nicht in energiepolitische Abhängigkeit von der Sowjetunion zu geraten, wird verbunden mit dem vagen Versprechen, für Ersatz zu sorgen. Danach sollen die westeuropäischen Länder vermehrt amerikanische Kohle zur Verflüssigung erhalten.

Der Vorschlag, Kohle statt Gas einzusetzen, kann allerdings nicht als ernst zu nehmende Alternative angesehen werden. Die noch zu bauenden Verflüssigungsanlagen würden frühestens zu Beginn der 90er Jahre arbeiten, und auch die direkte Substitution von Gas im Wärmemarkt wäre ein langwieriger Prozeß, der gegenwärtig durch stark gestiegene Preise für Importkohle zusätzlich erschwert wird. Einzige realistische Alternative zum Erdgas bleibt bis auf weiteres Erdöl aus dem Nahen Osten.

Angesichts der fürs erste nicht nennenswert zu verringern Abhängigkeit Westeuropas von Importenergie kann nur eine größere regionale Streuung der Lieferanten die mit dem Ölschock so deutlich gewordenen Versorgungsrisiken mindern. Der gesteigerte Bezug von sowjetischem Erdgas wäre ein Schritt auf diesem Wege. Im übrigen nimmt es Präsident Reagan mit der Einhaltung seiner Grundsätze selbst nicht so genau, wenn es, wie bei der Aufhebung des von seinem Vorgänger verfügten Getreideembargos, um die Interessen der amerikanischen Wirtschaft geht. ma

EWS

Fromme Wünsche

Im Entwurf des neuen mittelfristigen Wirtschaftsprogramms der EG spricht sich die EG-Kommission für die Festigung und den Ausbau der gemeinsamen europäischen Währungspolitik aus. Die Kommission hält in diesem Zusammenhang die Teilnahme Großbritanniens und Griechenlands am Interventionsmechanismus des EWS für wichtig. Besonders Großbritannien soll dieser Schritt durch den Hinweis auf die beschäftigungsfördernde Wirkung stabiler Wechselkurse schmackhaft gemacht werden.

Wenngleich ein derartiger Effekt nicht von der Hand zu weisen ist, muß er doch als äußerst gering veranschlagt werden und dürfte daher kaum geeignet sein, die Briten zu einer Teilnahme am EWS zu bewegen. So

müssen die Vorstellungen der EG-Kommission schon in diesem Punkt als illusionär bewertet werden. Dies gilt noch mehr für den Versuch der Kommission, die zweite, institutionelle Phase – die Einführung eines Europäischen Währungsfonds – bis 1982 zu verwirklichen. Denn auch hier hat sich seit dem erstmaligen Scheitern dieses Schrittes im Jahre 1980 nichts geändert. Die Deutschen sind nicht gewillt, über den Europäischen Währungsfonds schwache EWS-Währungen zu subventionieren; Großbritannien und Frankreich dagegen befürchten eine deutsche Dominanz in dieser Institution, wobei die Franzosen zusätzlich noch die von ihnen abgelehnte Einführung der Supranationalität durch die Hintertür des EWS argwöhnen.

Da mit einer formellen „Einsegnung“ der Kommissionsentwürfe durch die Wirtschafts- und Finanzminister im Herbst zu rechnen ist, wird also abermals ein Programm vorgelegt, das eher durch fromme Wünsche als eine realistische Einschätzung der Situation gekennzeichnet ist. ww

Frankreich

Risikoreiche Beschäftigungspolitik

Mit großem Elan hat die neue sozialistische Regierung in Frankreich begonnen, Wahlversprechen zu erfüllen. So wurde der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“, die bereits auf mehr als 8 % der Erwerbspersonen gestiegen ist, umgehend aufgenommen, gekoppelt mit verteilungspolitischen Zielsetzungen. Die Mindestlöhne wurden um 10 %, Renten und Wohnungsbeihilfen um jeweils 25 % angehoben. Bis Ende nächsten Jahres sollen 200 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Reduzierung der Arbeitszeit auf 39 Stunden in der Woche wird diese Bemühungen indes nach aller Erfahrung kaum unterstützen.

Wie stark auf eine in anderen Ländern gegenwärtig verworfene keynesianische Nachfrageorientierung vertraut wird, verdeutlicht das gerade für 1982 verabschiedete „Kriegsbudget gegen die Arbeitslosigkeit“: Durch eine Steigerung der öffentlichen Ausgaben um fast 30 % soll eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 3,3 % herbeigeführt werden. Die mit dieser Politik verbundenen Risiken sind erheblich. So ist die Gefahr einer beträchtlichen Inflationsbeschleunigung überaus groß. Verdoppelt sich nämlich das öffentliche Defizit wie angekündigt annähernd auf etwa 3 % des Sozialprodukts, so muß angesichts der eindeutigen Priorität des Beschäftigungsziels um so eher mit einer laxen Geldpolitik gerechnet werden. Bei einem Abrücken von der gegenwärtigen außenwirtschaftlich bestimmten Hochzinspolitik aber wäre ein massiver Ab-

wertungsdruck auf den Franc zu erwarten. Deshalb ist wiederum zu befürchten, daß die bereits praktizierten Kontrollen des Devisenverkehrs noch ausgedehnt werden. Die Warnung vor einem Mißbrauch der Preisfreiheit deutet schon in diese dirigistische Richtung – und dies, nachdem die gegenwärtige Regierung selbst die Sommerferien, ganz wie ihre Vorgängerin, erst einmal für eine kräftige Anhebung öffentlicher Tarife „mißbraucht“ hat. wt

USA – UdSSR

Altes Getreideabkommen

Die sowjetische Getreideernte wird nach amerikanischen Schätzungen im Erntejahr 1981/82 mit höchstens 200 Mill. t weit unter der geplanten Menge von 238-244 Mill. t liegen. Der sowjetische Einfuhrbedarf an Getreide in Höhe von mindestens 38 Mill. t wird damit einen neuen Rekord erreichen. Neben zusätzlichen Weizeneinfuhren wird die UdSSR gegenüber 1980/81 auch um 2,5 Mill. t höhere Futtermittelimporte vornehmen müssen. Sowjetische Agrarexperten schätzen die Kosten für die diesjährigen Getreideeinfuhren auf mindestens 7,3 Mrd. US-\$.

Angesichts dieser abzusehenden Versorgungslücken kam den Verhandlungen Anfang August in Wien über ein neues Getreideabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion größere Bedeutung für die Bedarfssicherung zu, als nach den gelungenen sowjetischen Ausweichimporten nach dem US-Getreideembargo hätte angenommen werden können, zumal Argentinien für die UdSSR aufgrund der klimabedingt schwer voraussagbaren Ernteergebnisse weder ein unerschöpflicher noch ein sicherer Getreidelieferant ist. Lieferzusagen über 600 000 t Mais z. B. wurden von Argentinien bereits zurückgezogen, da eine plötzliche Knappheit die verfügbare Exportmenge verringert hat. Desgleichen sind die bereits vereinbarten kanadischen Lieferungen mit Unsicherheiten behaftet, da angedrohte Streiks Verschiffungstermine gefährden können. Fest vereinbarte Lieferungen der USA für wiederum fünf Jahre und eine Erhöhung der derzeitigen Menge von 6-8 Mill. t Getreide p. a. auf noch vor wenigen Wochen erwartete 12-15 Mill. t hätten demnach für die Sowjetunion eine nicht zu unterschätzende Sicherheit für die Deckung von immerhin fast 40 % ihres gegenwärtigen Importbedarfs bedeutet. Insofern sind die Hoffnungen der UdSSR mit der Verlängerung des alten Abkommens um ein Jahr alles andere als erfüllt worden. Entsprechend dürften nun Verhandlungen mit der EG über umfangreichere Futtermittellieferungen erwartet werden. pp